

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 3

Artikel: West-Deutschland im Frühjahr 1950
Autor: Siemsen, Anna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336454>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

29. Jahrgang

März 1950

Heft 3

ANNA SIEMSEN

West-Deutschland im Frühjahr 1950

Hamburg, Ende Februar 1950.

Es ist bemerkenswert, wie gering das deutsche Interesse an den englischen Wahlen ist. Die mangelnde außenpolitische Orientierung des Durchschnittsdeutschen und seine Ablehnung gegenüber den Besetzungsmächten — besonders ausgeprägt in der britischen Zone — kommt dabei ebenso zum Ausdruck wie sein gänzliches Aufgehen in seinen eigenen Nöten. Von diesen stehen zwei im Vordergrund: die Arbeitslosigkeit und die wachsende und ganz offen auftretende Reaktion.

Die Arbeitslosigkeit, an sich erschreckend, wird besonders dadurch zu einer gefährlichen Drohung, weil die Regierung in Bonn nach einer langen Periode, in welcher sie bagatellierte und leugnete, daß überhaupt ein Notstand vorhanden sei, unter dem Druck der beunruhigten Besetzungsmächte nur sehr widerwillig und zögernd daran geht, sich damit zu beschäftigen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie mehr versuchen wird als ein Pelzwaschen ohne Wasser, das heißt, daß sie sich beschränken wird auf Maßnahmen, die alle Großverdiener und Großbesitzer unberührt lassen und das Spiel von Konkurrenz und Spekulation nicht einschränken. Es wäre ein ganz unberechtigter Optimismus zu glauben, daß irgend etwas Wirkungsvolles durch die gegenwärtige Regierungskoalition geschehen werde. Diese, die durchweg aus Politikern allerältester, fast vorgeschichtlicher Haltung besteht, ist vor allem darauf aus, ihre sehr prekäre und in sich widerspruchsgeladene Mehrheit zu erhalten, die großindustriellen und finanziellen Kreise, denen sie ihren Erfolg verdankt, ebenso wie die höchst einflußreiche Kirche zufriedenzustellen und vor allem die rechten Flügelparteien nicht zu verschnupfen. Mit dem linken CDU-Flügel verfährt man schon erheblich rücksichtsloser. Adenauers persönliche Gegnerschaft zu dem gewerkschaftlich eingestellten Ministerpräsi-

denten Arnold spielt da eine ebenso große Rolle wie seine enge Verbindung mit den schwerindustriellen Kreisen des Rheinlandes. Es tritt dabei sehr deutlich in Erscheinung, wie verengend die lebenslange Verwaltungsarbeit in einer Stadtgemeinde wirkt, wenn sie nicht mit größeren Aufgaben verbunden ist. Adenauer war bekannt als Autokrat von beträchtlichem Eigensinn. Seine Starrheit hat alle Gegensätze verschärft, die Regierung immer weiter nach rechts gedrängt, ohne daß eine wesentliche Leistung vollbracht werden konnte. Aber nicht nur diese starre Enge des Bundeskanzlers, der das vergnüglich lässige Repräsentieren von Heuß als Folie dient, bewirkt eine bedenkliche Unfruchtbarkeit, sondern die sich wiederum bewährende deutsche Unfähigkeit zu lebendiger parlamentarischer Verantwortung.

Die Fragen, die das Parlament beschäftigen sollten, sind von beklemmender Dringlichkeit. Es bestehen innerhalb der Regierungskoalition sehr beträchtliche Gegensätze im Hinblick auf sie. Aber bisher hat Adenauers barsches Kommando noch immer wieder die bedenkliche Gefolgschaft, deren Widerstand vor allem aus seinem eigenen, dem CDU-Lager kommt, zusammengehalten, auch wenn der Weg der Regierung ganz offenkundig weiter in die Wildnis der politischen Reaktion und wirtschaftlichen Krise ging.

Die Not ist groß: Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsdruck — besonders stark im Nordosten der Westzone, unzureichende Gehälter, Löhne und Unterstützungen, und auf diesem düsteren Hintergrund der bedenkenlose Luxus der Neu- oder Wiederumreichen würde in jedem anderen Lande Europas zu einer kommunistischen Hochflut führen. Die Nähe der Ostzone und die mannigfachen Verbindungen dort hinüber samt den Berichten der heimkehrenden Kriegsgefangenen verhindern das. Es gibt einen festen Stamm unentwegter Kommunisten besonders unter den Jungen. Diese hören gläubig die Parolen: Gegensatz Ost—West in Weiß-Schwarz-Malerei, das einige, ungeteilte Deutschland und die nationale Friedensfront gegen die Kriegshetzer. Das sind die Schlagworte, die beispielsweise vertreten werden von «Deutschlands Stimme, Organ der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden». Diese Zeitung ebenso wie Werbebroschüren des «Amtes für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik» werden massenhaft unentgeltlich ins Haus gesandt. Sie wirken leicht verwirrend, da man zunächst glaubt neonazistische Schriften zu lesen und erst bei näherem Zusehen entdeckt, daß das nationalistische Banner hier «mit einer Variation» getragen wird.

Wirksam sind diese nationalistischen Parolen, soweit ich sehen kann, nur, indem sie den Chauvinismus vermehren. Das ist schlimm. Die Unzufrieden-

heit ist ebenso groß, wie sie unklar ist in ihrer Richtung. So kann man von ganz ernsthaften und sonst vernünftigen Leuten hören: «Man sehe eben, daß weder CDU noch SPD es mit ihren Versprechungen ernst meinten.» Auf die Einwendung, die SPD könne als oppositionelle Minderheit ihre Versprechen ja erst verwirklichen, wenn die Wähler ihr die Macht dazu geben, folgt meist ein unzufriedenes Gemurmel, das werde ja auch nichts helfen. Im ganzen schwenkt die öffentliche Meinung jedenfalls mehr nach der extremen Rechten als nach der kommunistischen Seite. Und dessen ein Zeichen sind jene Gerichtsurteile, die chauvinistische und antidemokratische Provokateure wie Hedler freisprechen. Die von den Besetzungsmächten geforderte Wiedereinstellung von Nazijuristen trägt jetzt ihre Früchte. Diese Herren fühlen sich durchaus sicher und glauben eine Mission zu erfüllen, wenn sie ihr altes Metier, den Kampf gegen die vielen fortsetzen, die sie für die Katastrophe verantwortlich machen: Kommunisten und Sozialdemokraten, Demokraten und Juden, schließlich gegen alles, was ihnen unter Hitler zur Bestrafung ausgeliefert wurde und was nicht bis zum Schluß dem Führer die Treue hielt. Von allerschlimmster Wirkung war das Auftreten englischer Verteidiger im Mansteinprozeß. Deutsche Zeitungen haben sich beeilt, deren Plädoyers, in welchen die Kriegführung der Alliierten zum Vergleich und zur Entlastung der Deutschen herangezogen wurde, ihren Lesern ausführlich wiederzugeben als Beweis dafür, daß die Splitter im Auge der andern durchaus die Größe des Balkens im eigenen Auge haben. Man verläßt jetzt bereits den Schmollwinkel, in dem man sich taub stellte gegen jedes Zeugnis deutscher Schuld. Und es wird voraussichtlich gar nicht mehr lange dauern, bis der deutschen Öffentlichkeit Deutschland als das Opfer fremder Kriegsverbrecher vorgeführt wird. Am ärgsten wirkt sich das gegenüber den Juden aus. 20 000 Juden sind in Deutschland noch vorhanden. Aber sie leben ein beunruhigtes und sorgenvolles Leben. Ich kenne viele, die in diesen letzten Jahren ausgewandert sind oder ihre Auswanderung vorbereiten. Und sie scheinen mir richtig zu handeln. Es gibt einen Antisemitismus ohne Juden. Besonders die jungen Menschen, welche Juden nur aus der Streicher-Stürmer-Propaganda kennen, sehen sie als etwas Feindlich-fremdes an in rein automatischer «Abwehr» ohne Nachdenken. Das ist überhaupt der bedenklichste Zug im Bilde des heutigen Deutschland. Die zwölf Jahre erzwungener Gedankenlosigkeit, die sich um weitere fünf Besetzungsjahre hindurch fortgesetzt haben, schufen eine Gewohnheit, durchaus gedankenlos nachzusprechen — und zu denken —, was einem als wünschenswerte Meinung vorgeführt wurde. Die Angst vor einer eigenen Meinung, weit mehr noch davor, diese Meinung auszusprechen, ist allgemein. Nur eine Meinung, die von einer

organisierten Macht getragen ist, hat überhaupt Aussicht, gehört und aufgenommen zu werden. Da das Durchschnittsniveau der Zeitungen (mit wenigen hoch zu schätzenden Ausnahmen) und mehr noch das der wie Unkraut überall wuchernden Illustrierten beklagenswert niedrig ist und dieser Ueberzeugungsscheu durchaus Rechnung trägt, hat eine mit genügender Lautstärke und Schimpfintensität vorgetragene Meinung alle Aussicht, Zustimmung zu finden, teil aus Feigheit («Wenn der so frech ist, muß er wohl mächtige Hintermänner haben»), teils weil die dumpfe Mißstimmung erleichtert wird durch Haßausbrüche gegen irgend jemand (und man hat ja durch eine Generation und durch zwei Kriege hindurch alles beschimpft, was verdächtig war, Krieg, Gewalt und Willkür abzulehnen). Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß dieses Bild sich ändert, sobald die freiheitlich Gesinnten selber zum Angriff übergehen, sobald sie den Mut aufbringen, ihrerseits Hedler- und Remer-Konsorten, wo immer sie getroffen werden, zum Schweigen zu bringen. Remer mußte nach vielen vergeblichen Versuchen seine Provokationsreden abbrechen (man ließ ihn nirgends mehr zu Worte kommen). Hedlers Freispruch hat große Protestversammlungen, insbesondere der Gewerkschaften, ausgelöst. Das ist ein Anfang, der aber fortgesetzt werden muß. Fünf Jahre lang hat das wirklich, nicht nur dem Parteinamen nach demokratische Deutschland sich jede Herausforderung gefallen lassen und dadurch nicht nur in Deutschland selber die Gegner übermütig, frech und groß gemacht, sondern auch im Auslande den Eindruck unbelehrbarer Verstocktheit hervorgerufen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Zahl der gewalttätigen und rechtsbrecherischen Reaktionäre in Deutschland nicht größer ist als in einem beliebigen anderen Lande. Sehr viel geringer als anderwärts ist aber die Zahl der überzeugten Rechts- und Friedensfreunde, die den Mut haben, für ihre Sache öffentlich einzustehen.

Es gibt ein in der Arbeiterschaft beliebtes Lied: «Die Gedanken sind frei». Man singt es auch in der Schweiz. Darin heißt eine Strophe:

«Ich denke, was ich will
Und was mich beglückt,
Doch alles in der Still'
Und wie es sich schicket.»

Verhängnisvolles Erbe eines Landes, in dem noch niemals der Untertan seine Ueberzeugung frei hat vertreten dürfen, spricht sich hier aus. Dem wird nicht abgeholfen werden durch ein Staatsschutzgesetz, wie es die Sozialdemokratie jetzt vorschlägt. Jedes Gesetz dieser Art wurde bisher gerade gegen die angewandt, die es angeblich schützen sollte. Das wird auch diesmal

der Fall sein. Solange wir die Richter, die Rechtslehrer, die Parlamentarier haben, die den Kampf gegen Sozialisten, Kriegsgegner, gegen alles, was für menschliche Freiheit sich einsetzt, zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben, hilft ein solches Gesetz nichts. Vielleicht würde es helfen, wenn man jetzt nach fünf Jahren nachholte, was 1945 versäumt wurde, wenn man nämlich das unzweifelhaft verbrecherische und von seinen Anfängen an gesetzlos usurpatorische Hitlerregime nachträglich als illegal, alle seine Gesetze und Erlasse als unwirksam erklären würde. Damit würde der Widerstand dagegen nicht nur als Recht, sondern als Pflicht jedes Bürgers erscheinen, von der nur Notstand oder Unwissenheit entbinden konnten. Das zu tun, ist es heute sehr spät. Es würde indessen wirken als große Reinigungskur. Da eine solche saubere Haltung der ganzen Geschichte Deutschlands widerspricht, werden wir uns gefaßt machen müssen auf eine sehr qualvoll langsame Entwicklung, in der Deutschland der kranke Punkt Europas bleiben wird. Hoffnungslos würde der Fall allerdings nur dann sein, wenn es auch diesmal wieder den Hedler, Remer und ihren Hintermännern gelänge, das Ausland von ihrer Nützlichkeit und Verwendbarkeit zu überzeugen. Innerhalb Deutschlands und gegenüber der Besatzung ist ihnen das nur allzu gut geglückt. Wir müssen hoffen, daß ihr eigener Uebermut jetzt die bisher geschlossenen Augen öffnet und daß die Durchschnittsdeutschen darüber aufgeklärt werden, daß es weder sicher noch geraten sei, gegen die Republik und ihre Gesetze zu wühlen.